



Medienmitteilung vom 30. Oktober 2013

Lead: 423 Zeichen

Gesamttext: 3233 Zeichen

Kantonale Verfassungsinitiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» eingereicht

Liestal. Das Personalrecht in der Baselbieter Verwaltung soll modernisiert und das Wachstum der Gesamtlohnkosten der Verwaltung muss eingedämmt werden. Das fordert die kantonale Verfassungsinitiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» der Liga der Baselbieter Steuerzahler. Heute Mittwoch ist die zweite Liga-Initiative zum Thema Personalrecht mit 2327 bereits beglaubigten Unterschriften eingereicht worden.

Als logische Konsequenz der bereits eingereichten ersten Liga-Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» hat die Liga der Baselbieter Steuerzahler heute Mittwoch-Vormittag ihre zweite Initiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» eingereicht.

Die Liga reagiert mit dieser zweiten Initiative auf den Entscheid von Regierungsrat und Landrat, die erste Liga-Initiative als teilrechtsungültig zu erklären. Der Kanton Baselland wird nun auf Verfassungsebene beauftragt, in seiner Personalpolitik für effiziente und flexible Verwaltungsstrukturen zu sorgen. Die generelle Lohnentwicklung (Gesamtlohnsumme) des kantonalen Personals muss sich künftig an der finanziellen Situation des Kantons orientieren. Damit das Ziel, effiziente und flexible Verwaltungsstrukturen zu schaffen, auch erreicht wird, darf die Gesamtlohnsumme nach Annahme der Initiative in der Regel maximal um die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise ansteigen.

Damit die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons bei der Anstellung von Kaderpersonen gesichert ist, sieht die Verfassungsinitiative bewusst eine Ausnahmeregelung vor: Vorbehalten bleiben die Zuteilung neuer Verwaltungsaufgaben und notwendige Anpassungen an ein marktgerechtes Lohnniveau. Zudem soll der in der ersten Liga-Initiative umstrittene Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe d der Kantonsverfassung mit der nun vorliegenden Verfassungsinitiative aufgehoben werden. Dies um eine rechtliche Unsicherheit über die Kompetenzen von Landrat, Volk und Regierungsrat im Besoldungswesen und bei Pensionen zu korrigieren.

Liga-Präsident Gilbert Hammel hat die Initiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» heute Vormittag mit insgesamt 2327 Stimmen bei der Landeskanzlei eingereicht. «Mit dieser zweiten Initiative zielt die Liga darauf ab, die Grundzüge für ein zeitgemässes Personalrecht auf Verfassungsebene zu verankern. Eine Begrenzung der Zunahme der Gesamtlohnsumme auf Verfassungsebene bedeutet, dass auch das Personalgesetz angepasst und flexibilisiert werden muss», sagte Hammel.

«Damit erreichen wir eine Modernisierung des kantonalen Personalrechts», so Hammel. Andere Kantone und auch der Bund hätten zum Beispiel bereits eine Annäherung des öffentlichen Personalrechts an das Obligationenrecht umgesetzt.

Politisch breit abgestütztes Urheberkomitee

Dem Urheberkomitee der formulierten Verfassungsinitiative gehören folgende Personen an: Gilbert Hammel (Präsident), Sissach; Caspar Baader, Nationalrat SVP, Gelterkinden; Claudio Botti, Landrat CVP, Birsfelden; Christoph Buser, Landrat FDP, Füllinsdorf; Hans-Jürgen Ringgenberg, Landrat SVP, Therwil; Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP, Thürnen; Alain Tüscher, Landrat EVP, Bubendorf.

Kontakt:

Gilbert Hammel, Präsident, Tel. 076 491 38 76

E-Mail: info@effiziente-verwaltung.ch

Internet: www.steuerzahler-bl.ch
www.effiziente-verwaltung.ch